

Rundbrief der GWPf vom 17. März 2017

geschrieben von Chris Frey | 21. März 2017

G-20 entfernen Klimawandel aus Kommuniqué

Opposition aus den USA, Saudi Arabien und Anderen hat Deutschland gezwungen, vor dem G-20-Gipfel den Bezug zu einem Finanzierungsprogramm zum Kampf gegen Klimawandel aus dem Entwurf des Kommuniqués zu streichen. Ein an dem Treffen teilnehmender Funktionär von G20 sagte vor ein paar Tagen, dass die Bemühungen der deutschen G20-Präsidentschaft, den Klimawandel weiter anzusprechen, auf Widerstand gestoßen ist. „Klimawandel ist derzeit out“, sagte der Funktionär, der seinen Namen nicht genannt haben wollte. – Reuters, 17. März 2017

Trump-Haushaltsplan: USA vor Stopp der Finanzierung des UN-Klimaprozesses

In einem kürzlich veröffentlichten Haushaltsentwurf brachte US-Präsident Trump umfassende [sweeping] Kürzungen bei der finanziellen Unterstützung der USA für den Kampf gegen den Klimawandel ein. Die Haushaltsabteilung des Außenministeriums sagte, dass die Global Climate Change Initiative (GCCII) eliminiert werden würde. Mittels der GCCII ist das Außenministerium einer der Hauptfinanziers des UNFCCC mit 6 Millionen Dollar jedes Jahr – das sind etwa 20% des Gesamthaushaltes. Ein Funktionär sagte Climate Home, dass das Ministerium bislang im Finanzjahr 2017 keinerlei Zahlungen an das UNFCCC oder das IPCC ausgewiesen hat. – Karl Mathiesen, Climate Home, 16. März 2017

Committee On Climate Change: Kosten grüner Energie werden sich verdoppeln

Vor ein paar Tagen veröffentlichte die BBC die jüngste Abschätzung der Kosten grüner Energie, welche das Committee on Climate Change (CCC) vorgenommen hatte, und zwar mit einer doppeldeutigen Wortwahl, die an [den Roman] 1984 erinnert. Vor dem Hintergrund gerade erfolgter Preiserhöhungen um 7 bis 10% seitens fünf der sechs wichtigsten Energieversorger verkündete CCC, dass die Low-Carbon-Revolution in UK den Haushalten Einsparungen bringe. Nichts könnte weiter entfernt von der Wahrheit liegen als das. Versteckt am Ende eines technischen Anhangs war eine schockierende Enthüllung: Haushalte würden fast das Doppelte für die Klimapolitik bezahlen als das CCC in ihrem zuvor erschienenen Report zu Energierechnungen geschätzt hatte. Der Anhang des Reports enthielt eine Schätzung von 235 Pfund als Kosten der Low-Carbon-Politik, aufgeschlagen auf die Energierechnungen, bis zum Jahr 2030. Im Jahre 2015 hatte das CCC noch behauptet, die Kosten würden sich dann auf lediglich 125 Pfund belaufen. – Harry Wilkinson, Global Warming Policy Forum, 17. März

100 Milliarden für Nichts: CO2-Emissionen des ‚grünen‘ Deutschlands steigen weiter

Einem neuen Bericht zufolge stiegen die Treibhausgas-Emissionen in Deutschland im vergangenen Jahr. Das CO2-Niveau erhöhte sich im Jahre 2016 um 4 Millionen Tonnen (0,7 Prozent). Dies bedeutet, dass Berlin jenes Niveau während der nächsten drei Jahre um 40 Millionen Tonnen verringern müsste, um die selbst gesetzten Klimazielen bis zum Jahr 2020 zu erreichen. Die oppositionelle Grüne Partei des Landes (welche

die Studie gesponsert hatte) macht für den Anstieg eine Zunahme der von Fahrzeugen zurückgelegten Kilometer verantwortlich: „Die Grünen machten auch eine Zunahme des Ölverbrauchs verantwortlich, getrieben von einer wachsenden Ökonomie: Das deutsche BIP stieg im vorigen Jahr um 1,9%, das ist der stärkste Anstieg seit 5 Jahren. Auch höherer Dieserverbrauch sei ein Faktor gewesen“. Man stelle sich das vor: die Grünen schimpfen über ökonomisches Wachstum! Falls man eine Erinnerung braucht, wie potentiell toxisch und kontraproduktiv ein Umweltdogma sein kann, braucht man nicht weiter schauen als dieses Beispiel!

Wie die *Financial Times* [berichtet](#), macht die oppositionelle Grüne Partei eine Zunahme der gefahrenen Kilometer für die Zunahme der Emissionen verantwortlich:



Ein Hauptgrund für diese Zunahme waren steigende Emissionen im Transportsektor, sagten die Grünen. Gestützt wurde dies durch Zahlen des Umweltbundesamtes, welche zeigten, dass die Kohlendioxid-Emissionen durch das Transportwesen im Jahre 2016 um 5,4 Millionen Tonnen oder 3,6 Prozent gestiegen waren – teilweise infolge einer Zunahme des Güterverkehrs um 2,8 Prozent. ...

Die Grünen machten auch eine Zunahme des Ölverbrauchs verantwortlich, getrieben durch eine wachsende Wirtschaft: Das BIP in Deutschland stieg im vorigen Jahr um 1,9 Prozent, das war der stärkste Anstieg der letzten fünf Jahre. Sie sagten, dass auch höherer Dieserverbrauch ein Faktor gewesen sei.

Man stelle sich das vor: die Grünen schimpfen über ökonomisches Wachstum! Falls man eine Erinnerung braucht, wie potentiell toxisch und kontraproduktiv ein Umweltdogma sein kann, braucht man nicht weiter schauen als dieses Beispiel!

Natürlich gibt es noch einen weiteren Schuldigen für die steigenden Emissionen in Deutschland, unabhängig vom Wirtschaftswachstum, und zwar einen Faktor, von dem wir nicht überrascht sind, dass die Grüne Partei diesen einfach übergangen hat: Deutschlands Energiewende stützte Erneuerbare zu außerordentlich hohen Kosten für Verbraucher, aber auch Kernreaktoren des Landes wurden abgeschaltet. Dieser Beschluss, hauptsächlich gefasst nach der Fukushima-Katastrophe im Jahre 2011 [die eigentlich gar keine war, Anm. d. Übers.], hat eine ganze Reihe emissionsfreier Grundlastenergieversorger beseitigt. Und weil Solarpaneele und Windturbinen nur Energie liefern können, wenn die Sonne scheint und der Wind [mit der richtigen Geschwindigkeit] weht, mussten diese aufgegebenen Reaktoren durch fossile Treibstoffe ersetzt werden.

Und nicht einfach nur fossile Treibstoffe: Deutschland hat seinen Verbrauch von heimischer Braunkohle hochgefahren, einer besonders schmutzigen Art Kohle. So hat Berlin es fertiggebracht, gleichzeitig seine Energiepreise und seine Treibhausgas-Emissionen nach oben zu treiben. Dass es Deutschland mit der Energiewende besser geht, ist so kaum zu belegen.

Der Generaldirektor der Energiepolitik in Deutschland sagte der BBC vor Kurzem, dass Berlin plant, seine G20-Präsidentschaft dazu zu nutzen, eine Kohlenstoff-Steuer einzuführen. So wie es derzeit aussieht scheint dies fast masochistisch. – The American Interest, 17. März 2017

Übersetzt von Chris Frey EIKE